



# HPR aktuell

Redaktion: Reimund Höpfner

## Ausgabe September 2008

Kosten Telearbeit  
Seite 1

Einsatz von FKS-  
Bediensteten auf  
Großbaustelle Seite 1

Steuerungsunterstützung  
Zoll Seite 2

Sachstand Grobkonzept IT-  
Betreuung Seite 2

Ideenmanagement Seite 2

Abordnung Schweizer  
Grenze Seite 2

IT-Verfahren STRADA  
Seite 3

Arbeitsbefreiung für  
Tarifbeschäftigte Seite 3

Bundesweite  
Stellenausschreibung  
Seite 3

IT Projekt „eBiV“  
Seite 4



Friedrichstraße 169-170  
10117 Berlin

Telefon: 030-4081-6600  
Telefax: 030-4081-6633  
E-Mail: [post@bdz.dbb.de](mailto:post@bdz.dbb.de)  
Internet: [www.bdz.dbb.de](http://www.bdz.dbb.de)

## Neuregelung der Kosten bei Telearbeit

Das Konzept des BMF sieht vor, dass den telearbeitenden Beschäftigten die Einrichtung des Telekommunikationsanschlusses die Auswahl des Providers und des Nutzungsvertrags/-tarifs vollständig überlassen bleibt und ihnen dafür Kosten in Höhe von 20 Euro monatlich pauschal und gegebenenfalls die dienstlichen Telefonverbindungen gegen Einzelnachweis erstattet werden.

Der HPR stimmte der Maßnahme mit der Einschränkung zu, dass es künftig auch weiterhin möglich sein muss,



Telearbeitsplätze auf der Basis eines vollständig von der Verwaltung finanzierten dienstlichen Telekommunikationsanschlusses (Telefon und DSL) in Business-Qualität zu erhalten, der bei Bewilligung der Telearbeit eingerichtet und bei Beendigung innerhalb von sechs Arbeitstagen stillgelegt werden kann.

Die Bundesfinanzdirektionen bzw. Hauptzollämter können sich eigenständig für diese nach Meinung des HPR effektivere und zweckmäßigere Alternative als die privat-dienstlich gemischte Nutzung entscheiden, da hier unter anderem auch für eine mögliche Störung eine kurze Reaktionszeiten durch den beauftragten Provider eingeschlossen ist. Zudem liegen die Vorteile der einheitlichen IT-Technologie eines Anbieters und der erheblichen Reduzierung des administrativen Verwaltungsaufwands bei der Kostenabrechnung auf der Hand.

*Bearbeiter: Eberle, Höpfner*

## Permanenter (präventiver) Einsatz von FKS- Bediensteten auf Großbaustelle

Als Ausfluss des Regierungsprogramms zur Optimierung der Bekämpfung der Schwarzarbeit durch die Bundeszollverwaltung hat das BMF die Bundesfinanzdirektion West gebeten, die notwendigen Schritte zum Aufbau einer Dauerpräsenz auf der Großbaustelle Kohlekraftwerk Neurath einzuleiten. Insbe-

sondere sind zwei Container sowie die erforderlichen Telefon- und Datenleitungen anzumieten. Die Bundesfinanzdirektion hat dem BMF monatlich über den Fortgang der Maßnahmen zum Aufbau der Dauerpräsenz zu berichten.

*Bearbeiter: Eich*

## Steuerungsunterstützung Zoll: Errichtung von Dienstsitzen an den Standorten Bremen und Karlsruhe

Dem Hauptpersonalrat lag der Organisationserlass zur Errichtung von Dienstsitzen der Steuerungsunterstützung Zoll an den Standorten der ehemaligen Personaluntersuchungsgruppe in Bremen und Karlsruhe vor. Im vorliegenden Erlass werden die in einer gemeinsamen Dienstbesprechung im Februar 2008 vereinbarten Grundsätze erneut bestätigt. Im Einzelnen sehen diese Grundsätze vor:

- Es erfolgt eine dislozierte Aufgabenwahrnehmung. Die Beschäftigten der bisherigen Personalbedarf-Untersuchungsgruppen (PUG) verbleiben somit an ihren Dienstorten Bremen und Karlsruhe.
- Die Beschäftigten sind zugelassene Bewerberinnen und Bewerber auf Dienstposten in ihren Heimatregionen, also in den Bezirken der Bundesfinanz-

direktionen Nord, Mitte und Südwest.

- Die Beschäftigten werden mit ihrer Zustimmung an das Bildungs- und Wissenschaftszentrum der Bundesfinanzverwaltung – Steuerungsunterstützung Zoll, Dienstsitze Bremen und Karlsruhe – versetzt.

*Bearbeiter: Höpfner*

## Sachstand Grobkonzept Organisation der örtlichen IT-Betreuung

Im Rahmen der gemeinschaftlichen Besprechung wurde verabredet, dass an den Pilotstandorten Berlin und Köln über den Zeitraum eines Jahres eine Erprobung durchgeführt wird. Erst danach wird auf der Grundlage der Ergebnisse sowie des überarbeiteten Fachkonzepts über ein „Roll Out“ in den Dienststellen der Zoll-

verwaltung entschieden. Der Hauptpersonalrat hatte zur Vorbereitung eines Gesprächs mit der Leiterin der Zentralabteilung beim BMF, Dr. Stahl-Hoepner, und dem Leiter der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung beim BMF, Hans-Joachim Stähr, sowie Vertretern des HPR eine Zusammenfassung der am 28. Januar

2008 vereinbarten OPH-Grundsätze vorgelegt. Diese Grundsätze werden jetzt durch Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Gesprächs im erforderlichen Umfang konkret ausgestaltet.

*Bearbeiter: Eberle, Höpfner,*

## Entwurf einer Rahmendienstvereinbarung Ideenmanagement

Beim HPR ist vom BMF ein Schreiben eingegangen, in dem der Abschluss einer Rahmendienstvereinbarung zum Ideenmanagement in der Bundesfinanzverwaltung angeregt wird. Dem Schreiben war auch ein Entwurf beigefügt. Nachdem Bundesfinanzminister Steinbrück in der letzten gemeinschaftlichen

Besprechung die Bedeutung des Ideenmanagements innerhalb des gesamten Geschäftsbereichs der Bundesfinanzverwaltung betont hatte, bat HPR-Vorsitzender Dieter Dewes den Berichterstatler, Anton Eberle, als Verantwortlichen innerhalb der Fachgruppe Organisation einen Diskussionsvorschlag für den

HPR zu erarbeiten. Ein erster Entwurf ist mittlerweile gefertigt und wird innerhalb der Fachgruppe Organisation diskutiert. Nach interner Abstimmung soll dieser auf Arbeitsebene mit Vertretern des BMF erörtert werden.

*Bearbeiter: Eberle*

## Rollierende Abordnungen an die Schweizer Grenze laufen endgültig aus

Auf Nachfrage des HPR-Vorsitzenden Dieter Dewes im Rahmen der gemeinschaftlichen Besprechung hat der Leiter der Unterabteilung III beim

BMF, Herr Sturies, versichert, dass es keine weiteren rollierenden Abordnungen an die Schweizer Grenze geben wird, so dass mit dem Novem-

ber 2008 der Einsatz der Verstärkungskräfte beendet sein wird.

*Bearbeiter: Hecker*

## IT-Ausstattung bei den Arbeitsgebieten/Kontrolleinheiten Verkehrswege und grenznaher Raum

Dem HPR liegt ein Antrag des BMF auf Überführung des IT-Verfahrens STRADA (Version 1.0) in den Echtbetrieb vor. Dem Antrag ist das erforderliche Schulungskonzept beigefügt. Das Beteiligungsverfahren nach § 82 Absatz 2 Bundespersonalvertretungsgesetz wurde durch den HPR bei den Stufenvertretungen eingeleitet. In der Version 1.0 sollen Verbesserungsvorschläge (Verbes-

serungen im Bereich der Stammdaten und in einzelnen Formularen, Korrekturen der Formularauswahl - Entfernen und Ergänzen von Formularen - sowie Änderungen einzelner Funktionalitäten) aus der Pilotierung umgesetzt werden. Der bereits bekannte Leitfaden zu STRADA wurde angepasst. Die Version 1.0 ist bei den Hauptzollämtern Kiel und Singen sowie von den ehemaligen Mobil-

Kontrollgruppen Lübeck und Görlitz getestet und IT-fachlich für den Echtbetrieb freigegeben worden. Ab 30. September 2008 sollen bundesweit alle Multiplikatoren, die bisher nicht an der Pilotierung beteiligt waren geschult werden und anschließend die Einweisungen der Bediensteten vor Ort durchführen.

*Bearbeiter: Eich*

## Arbeitsbefreiungen für Tarifbeschäftigte des Bundes; Inanspruchnahme von halben Freistellungstagen

Das Bundesministerium des Innern hat mit Erlass vom 25. August 2008 geregelt, dass Arbeitsbefreiungen gemäß § 29 Absatz 1 Buchstabe e TVöD auch in halben Tagen gewährt werden können. Der Umfang der Arbeitsbefreiung richtet sich nach der Hälfte der für den jeweiligen Tag festgelegten regelmäßigen Arbeitszeit. Weiter wurde festgelegt, dass

- für Freistellungen nach § 29 Abs. 1 Buchstabe 3, Doppelbuchstabe bb TVöD Arbeitsbefreiungen für bis zu vier Kalendertagen für jedes Kind gewährt werden; diese Regelung gilt nur, wenn im Kalenderjahr kein Anspruch nach § 45 Sozialgesetzbuch V besteht oder bestanden hat
- die Begrenzung der Arbeitsbefreiung auf insgesamt fünf Arbeitstage im Kalenderjahr keine Anwendung findet.

*Bearbeiter: Tegeler*

## Änderung der Frist zur Vorlage der bundesweiten Stellenausschreibung gehobener und mittlerer Dienst beim BMF

Mit Erlass vom 29. August 2008 hat das BMF die bundesweite Stellenausschreibung veröffentlicht und hierzu auch die entsprechenden Hinweise gegeben. Der Leiter der Unterabteilung III beim BMF, Herr Sturies, hat dem HPR in der auswärtigen Sitzung in Dresden mitgeteilt, dass in Abänderung des Vorlagetermins 14. November 2008 die Bewerbungen

von den Bundesfinanzdirektionen spätestens Ende Oktober 2008 dem BMF vorgelegt werden müssen. Die Vorverlegung der Frist ist erforderlich geworden, weil bekannt wurde, dass die Änderung der Bundeslaufbahnverordnung zum 1. Januar 2009 in Kraft treten soll. Sowohl das BMF als auch der HPR sind daran interessiert, dass die laufenden

und noch einzuleitenden Ausschreibungen sowohl im mittleren Dienst als auch im Bereich der Besoldungsgruppen A 9 g bis A 11 noch in diesem Jahr abgeschlossen werden, damit alle Laufbahngruppen „nach altem Recht“ behandelt werden.

*Bearbeiter: Hecker*

## IT Projekt „Elektronische Beihilfebearbeitung“ (eBiV)

HPR-Vorsitzender Dieter Dewes stellte im Rahmen der gemeinschaftlichen Besprechung fest, dass es sich bei der „Elektronischen Beihilfebearbeitung“ (eBiV) um ein neues klassisches IT-Verfahren nach der IT-Dienstvereinbarung des HPR mit dem BMF handelt und hat dementsprechend auf die notwendige formelle Beteiligung des HPR gedrängt. Die Leiterin der Zentralabteilung beim BMF, Dr. Stahl-Hoepner, sagte die Teilnahme des HPR an den Lenkungsausschusssitzungen zu und betonte ausdrücklich, dass vom BMF kein „Outsourcing“ der Beihilfestellen der Zollverwaltung geplant oder beabsichtigt sei. Vielmehr stelle sich

das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) dem Wettbewerb mit anderen Teilen der Bundesverwaltung bei dieser Dienstleistung und versuche eine Reduzierung des Erfassungsaufwandes zu erreichen, indem über eine automatische Belegtyperkennung sämtliche Papierbelege digitalisiert werden. Deshalb ist zurzeit auch für den Aufgabenbereich des BADV eine zentrale „Scanstelle“ im Gespräch. Dabei müsse, so Dr. Stahl-Hoepner, abgewartet werden, ob sich diese Arbeitsweise auch bewähre. Die Zollverwaltung soll sich aber an dem Projekt auch mit ihrem Fachwissen beteiligen. Dewes

verwies in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf den großen Personenkreis der Ruhestandsbeamten und Versorgungsempfänger als sensibler Kundenbereich hinsichtlich der Vollständigkeit der Antragsdaten. Dies sei bei den Überlegungen des BMF zu berücksichtigen und die Planungen einzubeziehen. Herr Raven, Referat Z A 6 beim BMF, ergänzte, dass auch das elektronische Abrechnungsverfahren (ABBA) in einem weiteren Schritt modernisiert werden soll; zunächst gehe es aber beim IT-Verfahren eBiV nur um die Dokumentenerkennung.

*Bearbeiter: Hecker*

**Die Mitglieder des Hauptpersonalrats haben im Zusammenhang mit der auswärtigen Sitzung in Dresden mehrere Dienststellen bereist. Berichte über diese Dienststellenbesuche werden in einer Sonderausgabe des HPR aktuell veröffentlicht.**